

Wort zum 28. August 2011
70. Jahrestag der Deportation der Russlanddeutschen

Liebe Schwestern und Brüder,

in unseren Landeskirchen, Kirchenkreisen und Gemeinden leben über 1,5 Millionen Russlanddeutsche, die in den letzten beiden Jahrzehnten unserer Kirche zugewandert sind. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie aufmerksam machen auf ein für diese Menschen wichtiges Datum.

Am 28. August 2011 jährt sich zum 70. Mal der Erlass zur Deportation der deutschen Minderheit aus ihren angestammten Gebieten an der Wolga und anderen Regionen. Dieser Erlass gegen die deutsche Minderheit war die Reaktion auf den verbrecherischen Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion.

An diesem Tag erließ der Oberste Sowjet ein Dekret, dessen Folge die grausame Vertreibung war. Sie waren nun von einer geschätzten Minderheit zu Staatsfeinden und vogelfrei geworden. So wurden sie zu unschuldigen Opfern sowohl des Stalinismus als auch Hitlerdeutschlands.

„Sie treiben uns raus wie obdachlose Hunde. Man hat uns Russlanddeutsche alles geraubt- die Häuser, das Land, das Vieh, das Geld, die Heimat, die Rechte ...“-so eine Überlebende. Familien wurden auseinander gerissen und Tausende verloren ihre Leben. Die Überlebenden kamen in die Trudarmee (Arbeitsarmee) und durften die Deportationsorte bis 1955 nicht verlassen. Eine Rückkehr in die Heimat, z.B. an die Wolga blieb weiterhin untersagt.

In den Herkunftsländern haben sie als Minderheit große Nachteile wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit erduldet. Bei uns werden sie oft abschätzig die „Russen“ genannt.

Die aussiedelnden Deutschen und ihre Angehörigen verstehen sich in der überwiegenden Mehrzahl als Christen. Wir rufen die Mitchristen in unseren Gemeinden auf, das schwere Schicksal der Russlanddeutschen, das noch Generationen nachwirkt, nicht zu vergessen und bitten in ihrem Namen um freundliche Aufnahme und Annahme.

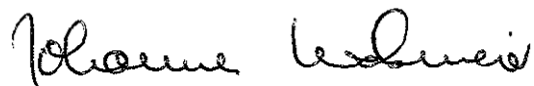
Wir bitten Sie, dieser Menschen in einem besonderen Gottesdienst oder der Fürbitte zu gedenken, dazu finden Sie unter www.aussiedlerseelsorge.de einen Gottesdienstentwurf.

Der Beauftragte des Rates der EKD für die Fragen der Spätaussiedler und Heimatvertriebenen



(Kirchenpräsident i.R. Helge Klassohn, Bad Saarow)

Diakonisches Werk der EKD e.V.



(Präsident Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Berlin)

Vorsitzender der Konferenz für Aussiedlerseelsorge der EKD



(Diakon Matthes Mustroph, Hamm)

Referentin für die Themen: Citykirchenarbeit, Frauen- und Männerarbeit, Seelsorge an besonderen Gruppen, Gesamtverband Kindergottesdienst



(OKRin Inken Richter-Rethwisch, Hannover)

Nachrichten

Organ des Gebietskomitees der KPdSU(8) und des Obersten Sowjets der ASSR UdSSR, des Stadtkomitees der KPdSU(8) und des Stadtsowjets der Deputierten der Werktätigen von Engels

Nr. 204

Sonntag, den 30. August 1941

Preis 15 Kop.

ERLASS

DES PRÄSIDIUMS DES OBERSTEN SOWJETS
DER UNION DER SSR

Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen

Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolgarayons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und aber Tausende Diveranten und Spione, die nach dem aus Deutschland gestohlenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen bewohnten Rayons hervorrufen sollen. Über das Vorhandensein dieser solch großen Anzahl von Diveranten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarayons die Anwesenheit in ihrer Mitte der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.

Falls aber auf Anweisung aus Deutschland die deutschen Diveranten und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Rayons Diverstionsakte ausführen werden und Blut vergossen wird, wird die Sowjetregierung laut den Gesetzen der Kriegszeit vor die Notwendigkeit gestellt, Strafmaßnahmen gegenüber der gesamten deutschen Wolgabevölkerung zu ergreifen.

Zwecks Vorbeugung dieser unerwünschten Erschießungen und um kein unnötiges Blutvergießen zuzulassen, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig gefunden, die gesamte deutsche in den Wolgarayons wohnende Bevölkerung in andere Rayons zu übersiedeln, wobei den Übersiedelnden Land zuzuteilen und eine staatliche Hilfe für die Einrichtung in den neuen Rayons zu erwirken ist. Zwecks Ansiedlung sind die an Ackerland reichen Rayons des Nowosibirsker und Omsker Gebiets, des Altajgais, Kasachstans und andere Nachbarprovinzen bestimmt.

In Übereinstimmung mit diesem wurde dem Staatlichen Komitee für Landesverteidigung vorgeschlagen, die Übersiedlung der gesamten Wolgadeutschen unverzüglich auszuführen und die Übersiedelnden Wolgadeutschen mit Land und Nutzkräutern in den neuen Rayons sicherzustellen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten
Sowjets der UdSSR M. KALININ.

Sekretär des Präsidiums des Obersten
Sowjets der UdSSR A. GORKIN.

Moskau, Krenl. 28. August 1941.